



Die Außenpolitik der Europäischen Union – die Meinungen in Polen und Deutschland

Forschungsbericht des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten

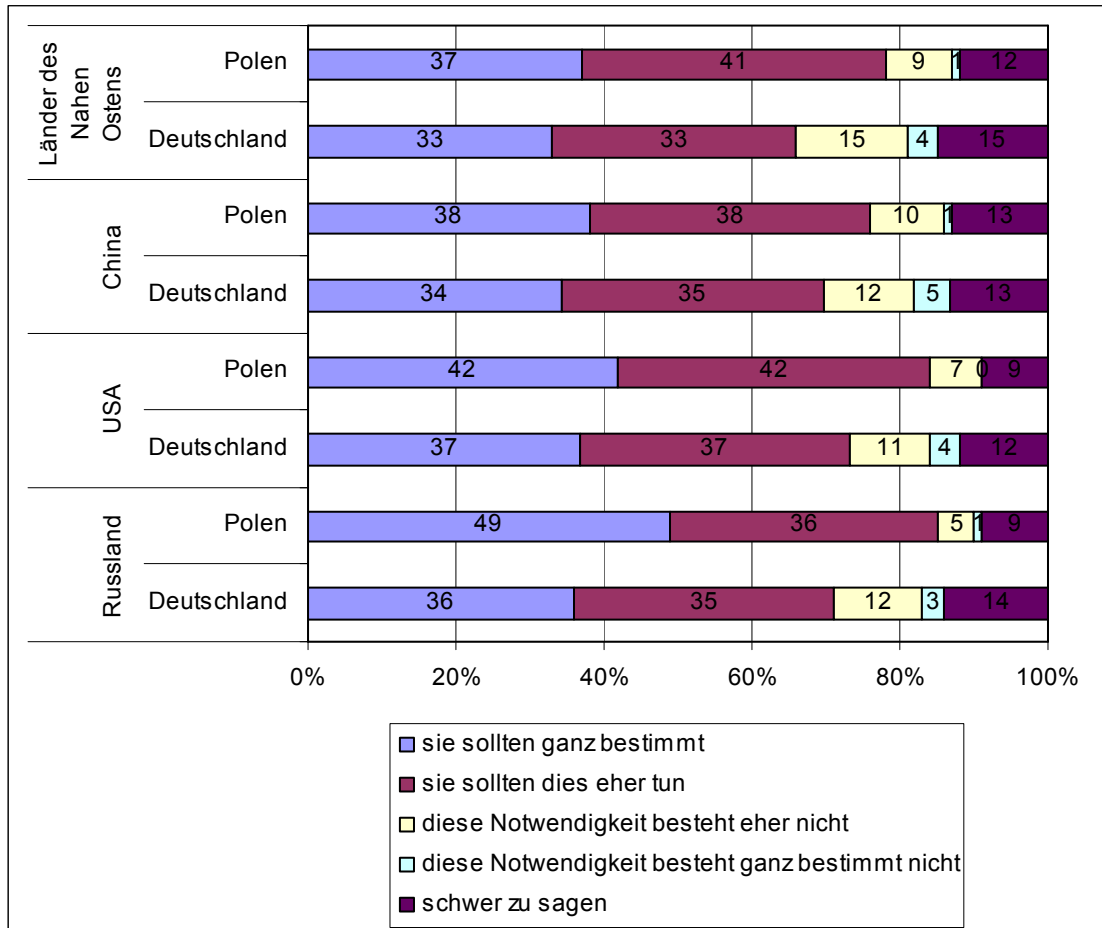
In Warschau werden die deutsch-polnischen Regierungskonsultationen stattfinden. Am Vorabend des EU-Gipfels scheint es besonders interessant zu sein, ob die Zusammenarbeit der beiden Länder nicht nur bilateral, sondern auch auf europäischer Bühne möglich ist. Die Ereignisse der letzten Wochen, etwa die Realisierung des Konzepts des polnisch-schwedischen Vorschlags für eine Ost-Partnerschaft durch die EU-Kommission und die Gespräche über ein neues Partnerschaftsabkommen mit Russland, haben die Aufmerksamkeit der Politiker sowie der Öffentlichkeit auf dieses Themengebiet gerichtet.

Die Ergebnisse der Untersuchung des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten, welche im September dieses Jahres in Deutschland und Polen durchgeführt wurde zeigen, dass die Auffassungen der beiden Gesellschaften zu Thema der EU-Außenpolitik konvergieren. Aus diesem Grund ist eine Zusammenarbeit beider Länder in diesem Themenbereich auch auf europäischer Bühne möglich.

Die gemeinsame Außenpolitik der Europäischen Union gegenüber den Nachbarstaaten

Die Mehrheit der Befragten Polen und Deutschen meint, dass die Länder der EU eine gemeinsame Politik gegenüber den Staaten außerhalb der EU verfolgen sollten. Die Unterstützung der Polen bei diesem Thema ist ausgeprägter als die der Deutschen, aber die Meinungen der Einwohner beider Länder sind sich in diesem Punkt sehr ähnlich. Die meisten polnischen Befragten unterstrichen die Notwendigkeit einer gemeinsamen Vorgehensweise gegenüber Russland (85%) und den USA (84%). In Deutschland waren 71% bzw. 74% dieser Ansicht. Drei Viertel der Polen gaben an, dass die Notwendigkeit bestehe eine gemeinsame Politik gegenüber dem Nahen Osten (78%) sowie China (76%) zu verfolgen. Die deutschen befragten unterstützen dieses Vorhaben in geringerem Maße (66% und 69%). Der größte Meinungsunterschied betrifft die Beziehungen zu Russland. Die befragten Polen unterstützen häufiger und entschiedener eine gemeinsame EU-Politik gegenüber Russland als die Deutschen. Vielleicht folgt die polnische Haltung in diesem Punkt aus der Annahme, dass solch eine Politik Russland von ungünstigen Handlungen gegenüber Polen abhalten könnte.

Sollten die Länder der EU eine gemeinsame Politik gegenüber führen, oder besteht diese Notwendigkeit nicht? (in Prozent)



Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten 2008

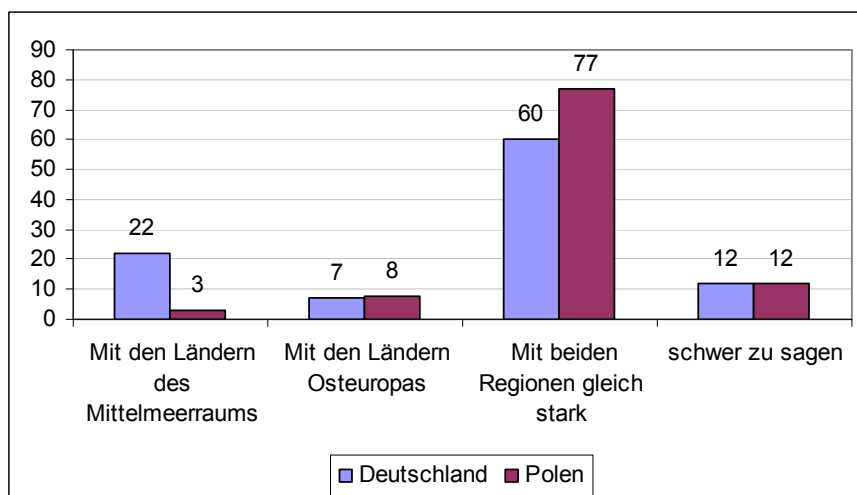
Die Zusammenarbeit mit den Nachbarregionen der Europäischen Union

Die Einwohner beider Länder unterstützen die gemeinsame Politik sowie die Vorgehensweise der Europäischen Union, welche Fragen der Außenpolitik betreffen und haben in diesem Punkt ähnliche Interessen. Eine der Prioritäten der französischen Ratspräsidentschaft ist die Weiterführung der Idee einer Mittelmeerunion. Das Treffen zu diesem Thema, auf dem die ersten Entscheidungen diesbezüglich verabschiedet wurden, fand zu Beginn der französischen Ratspräsidentschaft, im Juli 2008 statt. Im Juni stellten Polen und Schweden ihren gemeinsamen Vorschlag zur Ost-Partnerschaft vor. Der Ansatz setzt eine Öffnung der EU hin zu den sechs Ländern voraus, die sich außerhalb der östlichen Grenzen der Europäischen Union befinden. Im Dezember dieses Jahres hat die Kommission die Realisierung dieses Konzepts vorbereitet.

Die Polen werden als Anwälte der Interessen Osteuropas in der EU gesehen. Innerhalb der polnischen Bevölkerung wird aber beiden Projekten eine gleich große Wichtigkeit beigemessen (77%). Nur 8% der Polen gaben an, die östlichen Länder für wichtiger zu halten. Hierin unterscheiden sich die Polen nicht von den Deutschen (7%). Ein höherer Anteil der Deutschen gaben an, dass die EU mit dem Mittelmeerraum eine besondere Zusammenarbeit initiieren sollte.

Solche Ergebnisse können einen verwundern, zumal das Primärziel der offiziellen polnischen Außenpolitik, einst formuliert und von den nachfolgenden Regierungen beibehalten, weiterhin der Osten ist, die polnische Bevölkerung dies aber nicht so wahrnimmt. Vielleicht gibt es auch viele Polen, die mit dem Begriff des Mittelmeers das sonnige Italien, Griechenland und Spanien assoziieren und nicht die südlichen Nachbarn der EU.

Mit welchen Ländern sollte die Europäische Union vorrangig zusammenarbeiten? (in Prozent)



Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten 2008

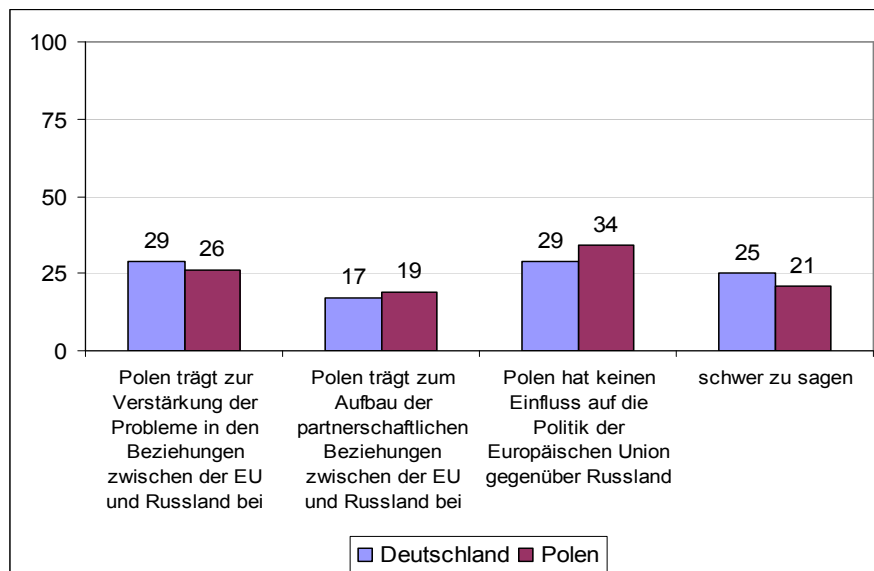
Die Europäische Union und Russland

Das Projekt der Ost-Partnerschaft sowie die Bemühungen der polnischen Regierung und deren Präsident Lech Kaczyński versuchen die Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit des Ausbaus neuer Beziehungen zwischen EU und NATO mit den östlichen Nachbarn zu richten. Viele Personen in der EU finden jedoch, dass Polen mit seiner Politik zu einer Verschlechterung der Beziehungen zwischen Moskau und Brüssel beiträgt. Andere vertreten hingegen die Auffassung, dass Polen den westlichen Partnern dabei hilft, die Situation besser zu verstehen und ihnen somit ermöglicht die Handlungen Russlands besser beurteilen zu können.

Die Meinungen der Polen und der Deutschen sind in dieser Frage sehr gespalten. Die Befragten haben kein klares Bild und keine eindeutige Meinung zur Rolle Polens in der Entwicklung der EU-Politik gegenüber Russland. Die größte Gruppe unter den befragten Polen (34%) findet, dass Polen keinen Einfluss auf die Beziehungen zwischen der EU und Russland hat, wohingegen 26% annimmt, dass Warschau zur Verschlechterung der EU-Beziehungen zu Russland beiträgt. 19% der Befragten sehen einen positiven Einfluss Polens auf Beziehungen zu Russland. Die politischen Anstrengungen Polens auf diesem Gebiet werden also meistens als ineffektiv bzw. als verantwortlich für die Vergrößerung der Probleme bewertet.

Die deutschen Befragten haben in dieser Frage eine sehr ähnliche Ansicht. Die Untersuchung negiert die landläufige These welche besagt, dass in Europa und insbesondere in Deutschland die Auffassung existiert, Polen würde zu einer Verschlechterung der Beziehungen zu Russland beitragen. Dies zeigt der Umstand, dass nur 29% der befragten Deutschen dieser Aussage zustimmen. Am häufigsten wird Polen als ein Land wahrgenommen, welches überhaupt keinen Einfluss auf die Politik der EU hat. Lediglich 17% der befragten Deutschen sehen einen positiven Einfluss Polens auf die EU-Politik gegenüber Russland.

Die Rolle Polens in den Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland (in Prozent)

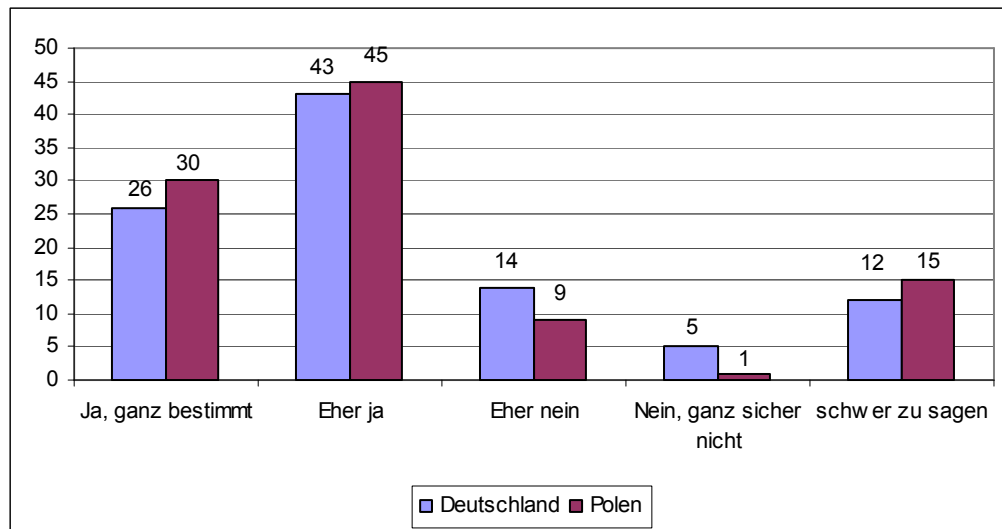


Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten 2008

Die russischen Bestrebungen seinen Einfluss in Osteuropa wiederzuerlangen

Ängste vor russischen Expansionsbestrebungen äußern 75% der Polen und 69% der Deutschen. Sichtbar ist auch der Anstieg der Besorgnis in den Auffassungen der Polen. In CBOS Januarumfrage im Jahr 2004 gaben 48% der Befragten solch eine Antwort, im Dezember 2005 waren es 60%. Die Untersuchung zeigt, dass die pro-russische Politik der deutschen Regierung (so wird sie zumindest in weiten Teilen Polens wahrgenommen) nicht die Wahrnehmung der deutschen Gesellschaft zu Russland widerspiegelt, sie scheint die polnischen Befürchtungen zu teilen.

Wird Russland, Ihrer Meinung nach, in der näheren Zukunft danach streben, seinen Einfluss in den Ländern Osteuropas wiederzugewinnen, oder nicht? (in Prozent)



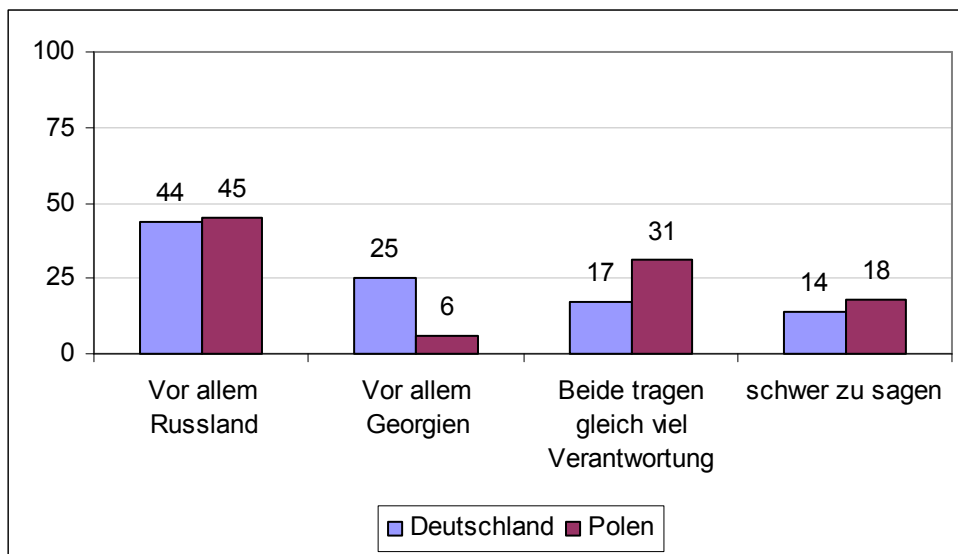
	VI '94	V '95	I '04	XII '05	VIII/IX '08
Ja	53	72	48	60	75
Nein	26	14	26	21	10
Schwer zu sagen	21	14	26	19	15

Quelle: Ergebnisse 1993-2005-CBOS, - 2008 - Institut für Öffentliche Angelegenheiten

Durch den Eindruck der imperialistischen Bestrebungen in der russischen Außenpolitik gegenüber Osteuropa, sehen Polen und Deutsche die Verantwortung für den Konflikt in Georgien eher auf der Seite Moskaus. Dieser Ansicht waren im September 2008, einige Wochen nach dem Ausbruch des militärischen Konflikts im Kaukasus, 45% der polnischen und 44% der deutschen Befragten. Die Verantwortung für den Konflikt sahen nur 6% der Polen bei Georgien. In dieser Frage unterscheiden sich die Antworten

der deutschen Befragten von den Polen, da diese im Gegensatz zu den Polen die Verantwortung zu 25% Georgien zuschreiben. Die Meinung der Polen wurde wohl möglich durch Kommentare von polnischen Politikern und Journalisten beeinflusst, welche die Verantwortung im großen Maße in Moskau sahen. Die Einschätzung durch die deutsche Politik sowie der Medien war bei diesem Thema differenzierter.

Welches Land trägt eine größere Verantwortung für den Kriegsausbruch in Georgien? (in Prozent)



Quelle: Institut für Öffentliche Angelegenheiten 2008

Die Untersuchungsergebnisse zeigen deutliche Übereinstimmungen in den Meinungen der Befragten Polen und Deutschen zum Thema der EU-Außenpolitik sowie der internationalen Ereignisse. In beiden Ländern sind die Befürworter einer gemeinsamen EU-Außenpolitik in der Mehrheit, die primären Politikziele aber auch einige Bedrohungen werden ähnlich wahrgenommen. Die Ergebnisse der Untersuchung des ISPs zeigen, dass polnisch-deutsche Vereinbarungen und Zusammenarbeit in den relevanten Gebieten der EU-Politik die Unterstützung der beiden Gesellschaften haben. Ins besondere sollte man den polnisch-deutschen Dialog zum Thema Russland intensivieren und damit das Verfestigen bestehender Stereotypen zu vermeiden (pro-russische Deutsche vs. Polnische Russophobie).



Der vorliegende Untersuchungsbericht ist Teil des Projekts des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten: Polen und Deutschland. Neue Eröffnung und gegenseitige Wahrnehmung. Das Projekt wird mit der Unterstützung von der Fritz Thyssen Stiftung, der Konrad Adenauer Stiftung, der Robert Bosch Stiftung, der Alfred Krupp von Bohlen und Halbach Stiftung und der Stiftung für die Deutsch-Polnische Zusammenarbeit durchgeführt.

Die Umfrage des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten wurde in Polen im Zeitraum vom 29.08. - 01.09.2008 durchgeführt. Die Grundlage bildete eine repräsentative Gruppe aus 1069 Erwachsenen. In Deutschland wurde die Umfrage vom 19. - 29.09.2008 durchgeführt. Die repräsentative Gruppe wurde dabei aus 1027 Erwachsenen gebildet.

Informationen zur Untersuchung sind verfügbar auf der Internetseite: www.isp.org.pl

Kommentare zur Untersuchung sind verfügbar bei:

Prof. Lena Kolarska-Bobińska, Direktorin des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten.
Tel. +48 (22) 5564261

Agnieszka Łada, Koordinatorin für das Europa Programm des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten. Tel. +48 (22) 556 42 88